

Presseinformation

Kiel, den 23.4.2008

Es gilt das gesprochene Wort

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Lars Harms

TOP 22,26 u. 40 Umsetzung eines beitragsfreien Kindertagesstättenjahres u.a. Drs. 16/1986; 16/1947; 19/2019

Der SSW unterstützt alle Vorhaben, die dazu dienen, die pädagogische Förderung von Kindern zu verbessern. Wir sind da ganz pragmatisch. Ich möchte das an einem Beispiel illustrieren: Wenn in einem Kindergarten der Schlüssel um 12.00 Uhr umgedreht wird, ist bereits eine Verlängerung der Öffnungszeiten bis um 13.00 Uhr ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Wir sollten uns davor hüten, das Maximale zu fordern. Wer alles will, bekommt in der Regel nämlich gar nichts. Die Richtung, die die Betreuung von Kindern macht, stimmt. Dass man noch mehr aufs Tempo drücken muss, steht außer Frage. Aber wir sollten uns daran halten, was auch wirklich umsetzbar ist. Weder Eltern, Kinder noch den Träger ist geholfen, wenn wir eine schöne, rosafarbene Bonbonwelt in Broschürenform auflegen, die letztlich überhaupt nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat.

Die frühkindliche Förderung ist ein Bereich, den wir lange Zeit vernachlässigt haben: die Standards wurden verschlechtert, die Elternbeteiligungen stiegen und Ansätze zur akademischen

Qualifizierung der Pädagogen blieben stecken. Dann kam PISA. Auf einmal rückten die Kitas in den Fokus. Doch auch von anderer Seite kommt Druck: Personal-Engpässe bei den Unternehmen führen dazu, dass die Familienphase der Eltern verkürzt wird. Das Elterngeld tut ein Übriges dazu. Es läuft nach 14 Monaten aus. Dann gibt es kein Elterngeld mehr und die Eltern benötigen vor der Rückkehr auf den Arbeitsplatz qualifizierte Betreuung, was die Nachfrage nach Krippenplätzen steigen lassen wird.

Die Kindergärten wurden als Politikfeld regelrecht entdeckt. Und in kurzer Zeit hastige Vorschläge entwickelt. Die Kita als Stadtteilzentrum, als niedrighschwelliges Angebot für die ganze Familie und als Integrationsort für Migrationsfamilien sind nur einige Funktionen, die wir allein in dieser Legislaturperiode diskutiert haben. Kitas sollen Kinder pädagogisch betreuen, sie auf die Schule vorbereiten; ihre Stärken unterstützen und ihre Schwächen ausgleichen. Die Kinder lernen zusammen mit anderen Kindern und entwickeln soziales Verhalten. Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, tun sich in der Regel in der Schule schwer, mitzuhalten. Das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr ist eine Möglichkeit, dass allen Kindern eine qualifizierte pädagogische Betreuung ermöglicht wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob sich die Eltern den Kindergartenbesuch leisten können oder nicht.

Das erst einmal vorneweg. Was kann man in absehbarer Zeit umsetzen? Diese Frage müssen wir ehrlich beantworten. Die anstehende Kommunalwahl verleitet dazu, erst einmal Forderungen in den Raum zu stellen. Wo das Geld zur Umsetzung herkommen soll, kann man sich dann ja nachher überlegen. Seriöse Finanzierungsvorschläge sind aber das A und O einer glaubwürdigen Politik.

Ich warne davor, die Kosten für das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr aus dem Schleswig-Holstein-Fonds zu bestreiten, wie es die Grünen vorgeschlagen haben. Zunächst müssen wir über den Fonds diskutieren bzw. die Gründe, wenn es denn Probleme beim Mittelabfluss gibt. Danach können wir uns erst Gedanken machen, was mit den Mitteln wird.

Der SSW hält es nicht für unverantwortlich, dass ein Drittel der Fondsmittel in den Straßenbau geflossen sind, wie das die Grünen in ihrem Antrag formuliert haben. Wir können gerne über einzelne Straßenbauprojekte diskutieren; derartige pauschale Sätze sind allerdings wenig sachdienlich.

Der SSW lehnt die vorgeschlagenen Querfinanzierungsvorschläge in der vorgelegten Form ab, anerkennt allerdings die Bemühungen um ein seriöses und tragfähiges Finanzierungsmodell an. Das sieht bei der SPD anders aus: Die SPD legt einen Vorschlag vor, der ganz nebenbei noch eine völlig andere Baustelle der Landesregierung schlagartig sanieren soll. Der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner will nämlich laut seiner Pressemitteilung die Einsparungen im Zuge der Verwaltungsstrukturreform für das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ zur Verfügung stellen.

Das Fell des Bären wird schon verkauft, während der noch brüllt. Unabhängige Gutachter hätten Millionen-Einsparungen prognostiziert, sagt man. Das ärgert mich, dass hintenrum die umstrittene Verwaltungsstrukturreform schön geredet wird. Eine konsequente Verwaltungsreform, wie sie auch die Kollegen von den Grünen einfordern, ist noch nicht in Sicht. Tatsächlich gibt es noch keine nennenswerten Einsparungen im Zuge der Reform. Im Gegenteil, viele neue Ämter beklagen Zusatz- und Mehrkosten. Die Gegenfinanzierung der SPD steht also auf wackligen Füßen. Bei der Einführung eines kostenfreien dritten Kindergartenjahres sagt die SPD erst gar nicht, wie die Kosten finanziert werden sollen.

Wir können feststellen, dass wir gedeckelte Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 60 Millionen Euro haben. Ein Inflationsausgleich findet nicht statt.

Weiter sind mit dem neuen Kindertagesstättengesetz neue Anforderungen gestellt worden – insbesondere im pädagogischen Bereich. Gegenfinanzierung: Fehlanzeige.

Nun soll auch noch die Betreuung der unter 3-jährigen in Angriff genommen werden – ein lobenswertes Ziel, das auch der SSW unterstützt. Allerdings werden in diesem Jahr nur die Investitionskosten für diese Plätze bezuschusst. Mit den Betriebskosten werden die Träger in

diesem Jahr alleine gelassen. Auch das darf aus den gedeckelten 60 Millionen gezahlt werden. Die Träger der Kindertagesstätten stehen schon heute am Rande ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit und können nicht noch mehr Aufgaben ohne solide Gegenfinanzierung erfüllen.

Auch wir als SSW unterstützen die Zielrichtungen der Anträge, aber wir weisen auch deutlich darauf hin, dass diesen vielen Wünschen auch eine realistische Finanzierung entgegenstehen muss. Und hierzu zählt dann auch ein Gesamtkonzept, wie all die Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Von einem solchen Konzept ist die Landesregierung aber noch weit entfernt und deshalb ist es nur gut, dass die Opposition immer wieder mit Anträgen den Finger in die Wunde legt. Wir sollten im Ausschuss hier insbesondere noch einmal über das „Wie?“ reden. Über das „Ob?“ sind wir uns, glaube ich, alle einig.